

Tschechoslowakei
1937-1948
Ausstellung und
Videoinstallation



VERTRIEBENE UND VERBLIEBENE ERZÄHLEN



10.02. – 10.04.
2016

Češi
Němci
Rakušané
a Slováci
v Československu
1937-1948

ROZDĚLENÉ VZPOMÍNKY



Zur Ausstellung

Die Ausstellung folgt den Ereignissen zwischen 1937 und 1948 in den Erzählungen und Erinnerungen von Menschen, die heute in Österreich, Tschechien und der Slowakei leben.

Im Zentrum stehen die Auswirkungen der „großen“ Geschichte des mitteleuropäischen Raumes im Leben einzelner Menschen: ihre Erfahrungen und Erlebnisse, ihre Perspektiven und die Entscheidungsspielräume, die ihnen unter den totalitären und kriegsbedingten Verhältnissen blieben.

Unter diesen Gesichtspunkten wurden 37 Interviews thematisch geschnitten und werden in der Ausstellung in 15 Videos präsentiert.

Zur weiteren Vertiefung werden an zwei Computer-Terminals und im Internet 10- bis 20-minütige Videoporträts der einzelnen InterviewpartnerInnen angeboten.

Die Ausstellung ist so aufgebaut, dass die BesucherInnen das Gesamtthema nach ihren eigenen Interessen und Prioritäten erschließen können. Es ist keine bestimmte Reihenfolge der Betrachtung vorgesehen.

Die 15 Videos

Nachbarschaft und Freundschaft	11
Zwischen Identitäten	12
Die NS-Zeit	13
Kriegsende	15
Vertreibung	17
Bleiben und Gehen	18
Das verlorene Haus und das bewahrte Heim	20
Die Kulturlandschaft der Grenzgebiete	21
Ankommen	22
Rückkehr und Erinnerung	23
Das Erbe der Geschichte	24
Brno/Brünn	25
Pozsony–Pressburg–Bratislava. Das Ende einer multiethnischen Stadt.	27
Slowakischer Nationalaufstand, Evakuierung der „Deutschen“ und Rückkehr	28
Die jüdische Erfahrung	29

Die 37 Interviewpartnerinnen

Die Video-Portraits in drei Sprachen und mit deutschen Untertiteln finden Sie unter:
https://www.youtube.com/channel/UC2vk8_FpOn2WedKq0owhNTA/playlists



Dorothea Blaha (AT)



Julius Bruckner (SK)



Karolína Černá (AT)



Josef Derx (AT)



Thomas Frankl (AT)



Lea Frey (AT)



Gerald Fröhlich (AT)



Johanna Gerlichová (CZ)
Vladimír Gerlich (CZ)



Helena Holická (CZ)



Horst Kaller (CZ)



Lothar Knessl (AT)



Božena Korbelová (CZ)



Adolf Kosnopfl (AT)



Karol Kraus (SK)



Oldřich Krejčí (CZ)



Waltraud Kriegischová (CZ)



Robert Kudlicska (AT)



Emma Loy (SK)



Ilias Michopoulos (CZ)



Klara Milanová (SK)



Heinrich Mittelbach (CZ)



Eva Morton (AT)



Felicitas Prchla (AT)



Jiří Prokop (CZ)



Karl Rock (AT)



Helga Roder (AT)



Jozef Roth (SK)



Eleonore Schartelmüller (AT)



Erwin Scholz (CZ)



Eleonore Schönborn (AT)



Edita Šenkýřová (SK)



Otto Sobek (SK)



Rosina
Hoffmannová Stolárová (SK)



Věra Voborová (CZ)



Milada Vorlová (CZ)

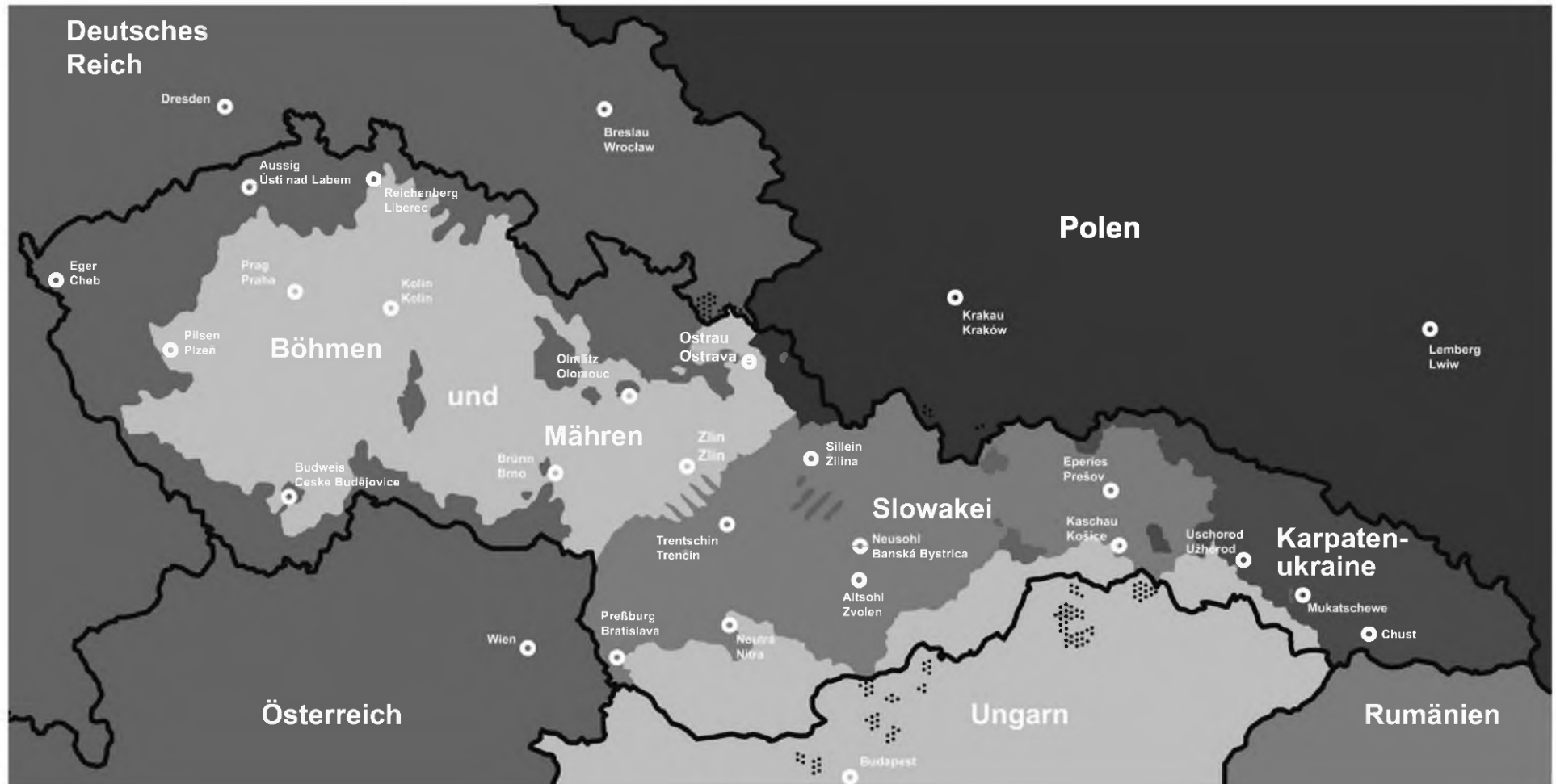


Rupert Weiss (AT)



Leo Zahel (AT)

Schematische Karte der Tschechoslowakei in den Grenzen von 1918 bis 1938



Sprachverteilung um 1930



Der historische Hintergrund

Bei ihrer Entstehung im Jahr 1918 erbt die Tschechoslowakei die ethnische Vielfalt der Donaumonarchie. 1921 wurden 8,8 Millionen Tschechen und Slowaken gezählt, 3,2 Millionen Deutsche, 0,7 Millionen Magyaren, eine halbe Million Russen, Ukrainer und Karpatorussen, knapp 200.000 Juden, 100.000 Polen und noch weitere kleinere Gruppen.

Die Konzeption des Staates schwankte zwischen einem Vielvölkerstaat nach dem Vorbild der Schweiz und einem Nationalstaat, in dem nationale Minderheiten neben dem tschechoslowakischen „Staatsvolk“ lebten. Jedenfalls war die Tschechoslowakei eine funktionstüchtige parlamentarische Demokratie mit gleichen Bürgerrechten aller BewohnerInnen und weitreichenden Minderheitenrechten. Eine vollständige Gleichberechtigung ließ sie allerdings ebenso vermischen wie eine politische Gleichbehandlung aller Regionen durch die Prager Regierung.

Wie zahlreiche Staaten Mitteleuropas der Zwischenkriegszeit, litt auch die Tschechoslowakei unter Spannungen zwischen den Volks- und Sprachgruppen, wobei sich diese Spannungen in Grenzen hielten, solange sie im demokratischen Rahmen ausgetragen wurden. Die nationale Agitation rief, vor allem in den mehrsprachigen Städten, auch einen produktiven Wettbewerb bei der Gründung von Kultur- und Bildungsinstitutionen hervor.

Die Wirtschaftskrise der 1930er Jahre wirkte sich in den Industriezweigen der

mehrheitlich deutschsprachigen Grenzgebiete des Landes stärker aus als im Binnenland. Die tschechoslowakische Zentralregierung strengte sich wenig an, dieses Gefälle auszugleichen, was die separatistische Sudetendeutsche Partei (SdP) unter Konrad Henlein stärkte und die „aktivistisch“ (auf Zusammenarbeit innerhalb des tschechoslowakischen Staates) ausgerichteten Parteien schwächte. Bei den Parlamentswahlen 1935 wurde die SdP mit 68% stärkste Kraft in den Grenzgebieten. Sie orientierte sich immer stärker an der NSDAP, wurde von Deutschland finanziell unterstützt und übte zunehmend Druck auf die deutschsprachigen BewohnerInnen der Grenzgebiete aus. Als sie 1937 bei den Kommunalwahlen in den Grenzgebieten 90% der Stimmen gewann, war sie zur „Fünften Kolonne Hitlers“ geworden: zu einem Instrument, das den tschechoslowakischen Staat zerbrechen sollte.

Beim „Münchener Abkommen“ im September 1938 stimmten die maßgeblichen europäischen Staaten Frankreich, England und Italien – ohne Beteiligung von tschechoslowakischen Vertretern – dem Anschluss der deutschsprachigen Grenzgebiete an das Deutsche Reich zu. Was dem europäischen Frieden dienen sollte, lieferte die Tschechoslowakei der NS-Expansionspolitik aus und führte ein halbes Jahr später zur völligen Zerstörung des Staates. Hitler annektierte die verbliebenen tschechischen Gebiete als „Protektorat Böhmen und Mähren“. Die Slowakei spaltete sich als selbständiger faschistischer Staat von Hitlers Gnaden ab.

Edvard Beneš errichtete in London eine tschechoslowakische Exilregierung, die die gesamte NS-Zeit hindurch an der zukünftigen

Wiedererrichtung des Staates arbeitete. Nach den Erfahrungen von 1938/39 plante Beneš von Anfang an eine Schwächung des deutschen Einflusses im zukünftigen Staat, wobei die numerische Reduktion der knapp 3,5 Millionen Deutschen in der Tschechoslowakei nach den ersten Plänen zu einem Gutteil durch Gebietsabtretungen zustande kommen sollte. Im Kriegsverlauf und mit zunehmender Erbitterung über die NS-Schreckensherrschaft wandelte sich die Rücknahme des Münchner Abkommens immer mehr in Richtung möglichst vollständiger Vertreibung ohne Gebietsabtretungen. Beneš fand dafür nicht ungeteilte, aber zunehmende Unterstützung vonseiten der Alliierten, am deutlichsten vonseiten der Sowjetunion. Dass sich der national-bürgerliche Politiker Beneš auf diesen Machtfaktor für die zukünftige Vertreibung stützte, trug zu seinem eigenen Sturz und zum kommunistischen Staatsstreich im Februar 1948 bei.

Die Vertreibung und Aussiedlung der deutschsprachigen Bevölkerung fand in zwei Etappen statt:

1. in den „wildem“, gleichwohl politisch organisierten Vertreibungen von etwa 800.000 „Deutschen“ unmittelbar nach Kriegsende, die Tausende Tote forderten;
2. in der von der Potsdamer Konferenz im August 1945 sanktionierten Aussiedlung von etwa 2,2 Millionen Menschen.

240.000 „Deutsche“ verblieben in der Tschechoslowakei, von denen ein großer Teil in mehreren Phasen emigrierte (bis 1948 und 1968).

In der Slowakei verlief dieser gesamte historische Abschnitt deutlich anders. Die „Karpatendeutschen“ bildeten hier eine numerisch weit schwächere Gruppe als die Deutschmährer und -böhmen. Es gab keine durchgehend deutsch besiedelten Grenzgebiete. Die meisten Deutschen lebten in der multiethnischen Stadt Bratislava/Pressburg und in den beiden Sprachinseln Zips und Hauerland, deren Bevölkerung ebenfalls sprachlich, ethnisch und konfessionell stark durchmischt war.

In dem 1939 gegründeten unabhängigen klerikal-faschistischen Staat war das Zusammenleben zwischen Deutschen und Slowaken vorerst weitgehend ungestört. Tschechen mussten teilweise das Land verlassen. Juden und Jüdinnen wurden radikal verfolgt, deportiert und in den deutschen Vernichtungslagern ermordet.

Erst im Slowakischen Nationalaufstand 1944 und vonseiten der in- und ausländischen Partisanenbewegung gab es massiven Widerstand gegen das faschistische Regime und dessen nationalsozialistisch orientierte Politik – und dabei auch Ausschreitungen gegen deutschsprachige Ortschaften. Der Nationalaufstand, dem sich neben Partisanen beträchtliche Teile der slowakischen Armee angeschlossen hatten, sollte das Land im Osten der näher rückenden Front öffnen und in der Folge einen politischen Umschwung herbeiführen. Er misslang und wurde vom deutschen Militär, das seinerseits Verbrechen an der slowakischen Zivilbevölkerung verübte, blutig niedergeschlagen. Für die deutschsprachige Zivilbevölkerung, die insgesamt

weit weniger deutsch-national geprägt war als die böhmische und mährische, verschlechterten sich die Lebensbedingungen. Nach dem Nationalaufstand und angesichts des Herannahens der sowjetischen Front begann die Evakuierung der deutschsprachigen Bevölkerung vor allem aus der Zips in der Ostslowakei und weniger systematisch aus dem Hauerland. Aus Bratislava/Pressburg flohen die Menschen nach Westen. Ein Teil der BewohnerInnen kehrte nach Kriegsende zurück und konnte sich wieder ansiedeln. Die Vertreibung der „Deutschen“ wurde im slowakischen Teil des wiedererrichteten Staates weniger systematisch verfolgt als in Tschechien, und es blieben kleine Teile der traditionellen deutschen Siedlungsgebiete erhalten. Magyaren und Roma wurden vielfach in das entvölkerte Sudetenland umgesiedelt.

Die 15 Videos

Nachbarschaft und Freundschaft



Fotoalbum von Karl Rock. Familie und Nachbarschaft in Nikolsburg/Mikulov, späte 1930er, frühe 1940er Jahre (Foto: Karl Rock).

Die Nachbarschaft ist die kleinste Einheit des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Hier zeigt sich, inwieweit der Einzelne sich von politisch-ideologischen Begriffen bestimmen lässt oder Urteilsfähigkeit, zwischenmenschliche Freude und Freundlichkeit bewahrt. National radikalisierte, totalitäre Politik treibt einen Keil in die kleinsten Einheiten des Zusammenlebens und ordnet zwischen-

menschliche Grundwerte der nationalen, ethnischen oder rassischen Zugehörigkeit unter. Im Umfeld der Nachbarschaft bleibt auch unter diesen Bedingungen ein großer Spielraum des Verhaltens: zwischen Denunziation und erlaubter Selbstermächtigung gegenüber dem Nächsten einerseits und Unterstützung derer, die in einem bestimmten Moment zur Ausgrenzung und Verfolgung freigegeben werden, andererseits.

Die Seele des historisch gewachsenen Kollektivs stützt sich auf das wechselseitige Vertrauen aller, die an einem Ort zusammenleben. Wird das Vertrauen einmal massiv gebrochen – durch Gewalt, Raub oder Denunziation – braucht es lange, um wiederhergestellt zu werden. Das lokale Kollektiv bewahrt die verschiedenen Verhaltensweisen seiner Mitglieder lange im Gedächtnis: das vom politisch-ideologischen Wandel begünstigte Verhalten der Opportunisten und Verräter, aber auch die Anstrengungen derer, die den Zusammenhalt der Gemeinschaft aktiv schützten und erhielten.

Zwischen Identitäten



Vladimír Gerlich erklärt den Stammbaum seiner Familie.

Die Nationalitäten der Ersten Tschechoslowakischen Republik wurden in Volkszählungen abgefragt. Diese boten die Möglichkeit und Voraussetzung zur nationalen Selbstbestimmung innerhalb der Grenzen des Staates, schlossen aber auch einen gewissen Zwang zum nationalen Bekenntnis ein. Bei den Volkszählungen in den Jahren 1921 und 1930 wurde nach der Nationalität und der Sprache gefragt, wobei nur Juden und Jüdinnen die beiden Kategorien unabhängig voneinander beantworten konnten. Ansonsten sollte die Angabe der Nationalität der Sprache folgen.

Was die Frage nach Nationalität und Sprache nicht berücksichtigte, waren die gemischten Ehen und Familien, die in Städten und zweisprachigen Regionen eher die Regel als die Ausnahme darstellten (wenn man in den Familien zwei Generationen zurückging). Sie wurden zum Entweder-Oder gezwungen. Nach 1945 entschied die Eintragung bei der Volkszählung von 1930 häufig darüber, ob jemand vertrieben wurde oder nicht.

Bis 1938 hatte die nationale Selbstposi-

tionierung vor allem so viel Bewandtnis, wie der Einzelne ihr geben wollte. Im öffentlichen Leben schien nicht notwendigerweise auf, ob sich jemand als Tscheche, Deutscher, Slowake, Magyar, Ukrainer, Jude oder Pole definierte. Die nationale Zugehörigkeit wurde sichtbar entsprechend dem individuellen Engagement in national geprägten Organisationen.

Ab 1938/39 entschied die nationale Identität plötzlich über die Existenz jedes Einzelnen. Für viele war es nach wie vor eine Selbstverständlichkeit, wohin sie „gehörten“, wie wichtig oder unwichtig ihnen die nationale Zugehörigkeit auch immer war. Für andere wurden die Entscheidung und der Bekenntniszwang jedoch zum Dilemma.

Wenig beachtet wird die Tatsache, dass die BewohnerInnen der böhmischen und mährischen Grenzgebiete, die nach dem Vertrag von München dem Deutschen Reich einverleibt worden waren, zwar automatisch zu deutschen Staatsbürgern wurden, aber aufgrund eines deutsch-tschechischen Vertrages die Möglichkeit hatten, für die tschechische Nationalität zu optieren. Man konnte also, wenn man das entsprechende politische Bewusstsein hatte, auf diese Weise loyal gegenüber der Tschechoslowakei bleiben – oder versuchen, der deutschen Wehrpflicht zu entgehen.

Die BewohnerInnen des tschechischen Binnenlandes wurden nach der Annexion durch das Deutsche Reich und nach der Abspaltung der Slowakei zu Angehörigen des „Protektorat Böhmen und Mähren“.

Als Nationalität wurden die Ergebnisse der Volkszählung von 1930 herangezogen. Die „Deutschen“ hatten die Möglichkeit, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen.

Alle diese Entscheidungen oder Nicht-Entscheidungen wurden nach 1945 in einer Weise schlagend, die für jene, die sie gefällt hatten, kaum vorhersehbar gewesen war. Vor allem die Angaben bei der Volkszählung von 1930 geschahen unter politischen und sozialen Verhältnissen, die mit der NS-Zeit und der frühen Nachkriegszeit denkbar wenig zu tun hatten.

Die NS-Zeit



Der Nationalsozialismus dringt in den Schulalltag ein. Ein uniformierter Mitschüler wird bewundernd in die Mitte genommen (Fotos: Josef Derx).

Nach zunehmenden nationalen Konflikten zerstörte der Nationalsozialismus ideologisch das Zusammenleben gleicher Bürger und vollzog den ersten Schritt einer unumkehrbaren Radikalisierung des „Nationalen“ als Opposition oder Feindschaft zwischen „Deutschen“ und „Tschechen“.

Das „Münchener Abkommen“ gilt in der tschechoslowakischen Geschichtsschreibung als *das* historische Trauma des 20. Jahrhunderts. Die Tschechoslowakei wurde von seinen Schutzmächten der nationalsozialistischen Expansionspolitik überlassen. Diesem Verrat der Alliierten folgte die Zustimmung des überwiegenden Teils der

deutschsprachigen Bevölkerung der Grenzgebiete zum Anschluss an das Deutsche Reich. Durch die Städte schallte frenetischer Jubel über die „Heimkehr ins Reich“, wie die Tschechen den „Deutschen“ bei der Vertreibung 1945 gleichlautend nachriefen.

Zumindest unter militärischen Gesichtspunkten trifft es zu, dass „München“ das Ende der Tschechoslowakei bedeutete, denn der Staat war militärisch ausgezeichnet gerüstet und hatte vor dem Münchner Abkommen seine Streitkräfte mobilisiert. Hätten sich England und Frankreich nicht von Hitler auf seine Seite ziehen lassen, wäre die Annexion der Grenzgebiete eine so beachtliche militärische Aktion gewesen, dass weder gewiss ist, ob Hitler sie gewagt hätte, noch, wie sie ausgegangen wäre und den weiteren Kriegsverlauf mitbestimmt hätte. Aber so war die Tschechoslowakei politisch paralytisch, und mit dem Verlust der Grenzgebiete brach auch die Verteidigung des Staates zusammen.

Die tschechische Waffenindustrie kam dem Deutschen Reich enorm zugute. Und die Aufrechterhaltung von deren Produktionsleistung war ein Hauptmotiv Hitlers, die materiellen Lebensbedingungen der Tschechen im Protektorat nicht zu sehr zu beeinträchtigen.

Konrad Henlein, der Führer der Sudetendeutschen Partei, hatte Hitler bereits am 28. März 1938 – unmittelbar nach dem „Anschluss“ Österreichs – zugesagt, die Ansprüche auf Gleichberechtigung und Autonomie der „Sudetendeutschen“ gegenüber der Tschechoslowakei immer weiter ins Unerreichbare zu steigern, und machte sich so zum willfährigen Instrument der Berliner

Außenpolitik. Alle verspäteten Versuche der tschechoslowakischen Regierung, den Sudetendeutschen entgegenzukommen, waren damit von vornherein zum Scheitern verurteilt. Nur vor dem Erstarken Henleins hätten sie fruchten können.

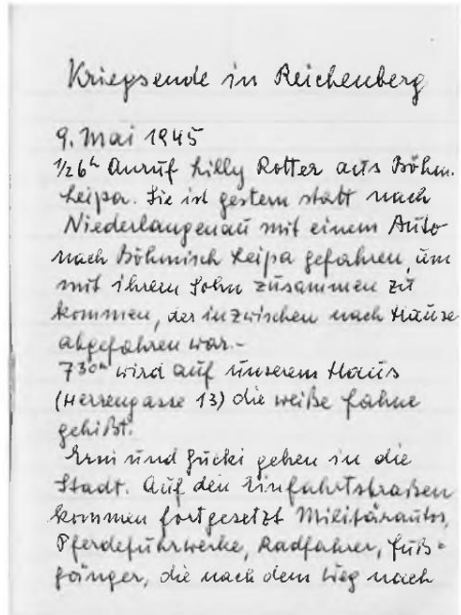
Nach der Errichtung des „Protektorat Böhmen und Mähren“ herrschte hier derselbe Terror wie im gesamten Reichsgebiet. Sofort setzten die rassistische Verfolgung und die Verfolgung aller politischen Regimegegner ein. Vor allem die tschechischen Eliten wurden eliminiert – und damit gerade auch jene Personen, die nach 1945 die Rückkehr zu einer gemäßigten Politik und Gesellschaft hätten unterstützen können. 40.000 bis 45.000 ethnische Tschechen kamen im Verlauf des 2. Weltkriegs ums Leben, überwiegend durch Gewaltmaßnahmen des NS-Regimes. Knapp 80.000 böhmische und mährische Juden und etwa 6.000 Roma wurden ermordet.

Manche Vertreter der Vertriebenenorganisationen haben sich um eine historische Darstellung bemüht, die das politische Verhalten der Deutsch-Böhmen und -Mährer folgendermaßen darstellt: Das Bedürfnis des Anschlusses an Deutschland wird mit der angeblichen Unterdrückung durch die Tschechen begründet, wobei diese „Unterdrückung“ angesichts der demokratischen Verhältnisse der Tschechoslowakei übertrieben gezeichnet wird. Zugleich erscheint die „großdeutsche“ Orientierung völlig losgelöst von der Beteiligung am Nationalsozialismus und dessen verbrecherischer Politik. Diese Verbrechen seien nur von Vertretern aus dem „Altreich“ begangen worden. Angesichts des

Verhältnisses der Sudetendeutschen Partei zur NSDAP, angesichts der außerordentlich zahlreichen NS-Parteimitgliedschaften von Sudetendeutschen (mögen bei diesen auch pragmatische Gründe bei der Arbeitssuche in Deutschland mitgespielt haben) und der eifrigen Beteiligung an „Arisierungen“ ist diese Behauptung jedoch unhaltbar. Vor allem war nach über fünf Jahren nationalsozialistischer Herrschaft in Deutschland genug über den Charakter dieses Regimes bekannt, dass auch die „Deutschen“ der Tschechoslowakei wissen konnten, worauf sie sich einließen. Eine deutsche Kollektivschuld daraus abzuleiten, wäre jedoch ebenfalls verfehlt.

Die unterschiedlichen Motive und Bewusstseinsgrade der Entscheidung von 90% der Deutschen der Grenzgebiete, die für Henlein und den Anschluss stimmten, kann im Nachhinein nicht aufgeschlüsselt werden. Aber diese Motive als unschuldig zu beschreiben, ist mit Sicherheit unzulässig – ähnlich, wie das auch für die Österreicher in ihrer „Anschluss“-Euphorie im März 1938 gilt.

Kriegsende



Tagebuch von Dorothea Blaha, in dem die Tage des Kriegsendes festgehalten sind (Foto: Dorothea Blaha).

Die meisten BewohnerInnen auf dem Gebiet der Tschechoslowakei sehnten das Kriegsende herbei. Für die Tschechen und die Gegner des Nationalsozialismus bedeutete es Befreiung von Zwangsherrschaft und Unterdrückung. Für die „Deutschen“ war es mit großer Ungewissheit und Angst verbunden. Das Herannahen der russischen Front über die Slowakei hinweg war bedrohlich. Nachdem das zivile Leben in Böhmen und Mähren im Vergleich zu den meisten Gebieten Europas vom Krieg wenig beeinträchtigt worden war – es war kein Kampfgebiet und die Versorgungslage war vergleichsweise gut – drang der Krieg

in seinem letzten Jahr auch hier sichtbar und spürbar ein. Einige Gebiete (Brüx, Industriegebiete von Prag und Brünn, Mährisch-Ostrau) wurden bombardiert. Die Gebietsverluste der deutschen Wehrmacht im Osten setzten Millionen Menschen in Bewegung. Evakuierungen, Todesmärsche aus aufgelösten Konzentrations- und Vernichtungslagern, Zwangsarbeiter und individuell flüchtige Menschen durchquerten und besiedelten Böhmen und Mähren. (Vgl. auch: Slowakischer Nationalaufstand, Evakuierung der „Deutschen“ und Rückkehr)

Die größte Ungewissheit war für Deutsche und Tschechen vorerst mit der Roten Armee verbunden, die – wie mit den Amerikanern vereinbart – die größten Teile der Tschechoslowakei befreite. Beschreibung und Beurteilung des Wirkens der Roten Armee auf tschechoslowakischem Boden differieren stark: aus Achtung vor der ungeheuren Anstrengung und den Opfern einer völlig erschöpften Armee, aber auch aufgrund der so unterschiedlichen Erfahrungen in der individuellen Begegnung mit den Sowjets. Die Angst der „Deutschen“ vor den Sowjetsoldaten war nach den Gräueln, mit denen der Krieg die Sowjetunion verheerte, berechtigterweise größer. Aber tschechische und slowakische ZivilistInnen litten ebenfalls unter Vergewaltigungen und Diebstählen.

Hunderttausende „Deutsche“ setzten sich gegen Ende des Krieges gezwungenermaßen oder freiwillig in Bewegung. Die nationalsozialistischen Kader waren überwiegend bereits geflohen, bevor sie zur Rechenschaft

gezogen werden konnten. Wehrpflichtige Männer gingen in Gefangenschaft und leisteten Zwangsarbeit, oft unter sehr harten Bedingungen; ein kleiner Teil wurde in die Sowjetunion verschleppt, wo die Überlebensrate niedriger und die Dauer der Gefangenschaft um vieles länger war. Die tschechische und slowakische Bevölkerung befand sich in einer abwartenden Haltung. Die politische Zukunft des Landes war trotz der sich abzeichnenden territorialen Wiederherstellung unklar.

Nachdem die Nationalsozialisten buchstäblich bis zum letzten Augenblick des Krieges Schrecken und Gewalt verbreiteten, Exekutionen vollzogen und die Überlebenden der Konzentrations- und Vernichtungslager halbtot durchs Land trieben, kehrten sich die Verhältnisse schlagartig um. In dieser Atmosphäre der Gewalt, die sich auch gegen (angebliche) tschechische Kollaborateure auswirkte, sowie im Chaos des Machtwechsels kam es an zahlreichen Orten zu Pogromen an Deutschen, besonders grausam im Zuge des Prager Aufstandes der letzten Kriegstage oder in Ústí nad labem/Aussig. Führende tschechische Politiker wussten davon und heizten den kollektiven Deutschenhass an. Beteiligt an den Pogromen waren unter anderem Nationalausschüsse und Revolutionsgarden, Einheiten des Korps der nationalen Sicherheit und des in der Sowjetunion gebildeten tschechoslowakischen Armeekorps unter General Svoboda.

Die Pogrome überschneiden sich mit den „wilden Vertreibungen“.

Vertreibung



Massengrab für die Opfer des „Brünnler Todesmarsch“, die in Drasenhofen überwiegend an Dehydrierung aufgrund von Ruhr und an Erschöpfung starben (Foto: GuentherZ).

Zwangsumsiedlungen waren in Europa bereits zu einem „geläufigen“ politischen Mittel geworden, als die Tschechoslowakei mit der Vertreibung und Aussiedlung der „Deutschen“ begann. Zwischen 1938 und 1950 wurden in Europa etwa 35 Millionen Menschen umgesiedelt. Hitler drohte auch der Tschechischen Protektorsregierung nach dem Heydrich-Attentat (im Mai 1942) mit der Aussiedlung von einigen Millionen Tschechen und der Neuansiedlung von 2-3 Millionen Deutschen, also mit einer weitgehenden Germanisierung Böhmens und Mährens. Die Zügellosigkeit der NS-Terrorpolitik beseitigte im Kriegsverlauf alle Hemmschwellen bei jenen tschechischen Politikern, die durch Anwendung von Kollektivschuld möglichst alle Deutschen aus der Tschechoslowakei vertreiben wollten.

In einem graduellen Planungsprozess der Tschechoslowakischen Exilregierung unter Edvard Beneš wurden die numerischen Ziele der Aussiedlung immer weiter erhöht – bis

hin zur möglichen Vollständigkeit, welche explizit die Anwendung von Kollektivschuld bedeutete. Je mehr Beneš mit seinen Plänen bei den Alliierten Gehör fand, umso weiter wurde die deutsch-sozialdemokratische Exilregierung unter Wenzel Jaksch, die ebenfalls in London bestand und ursprünglich mit Beneš gemeinsam gegen die Nazis zu kämpfen versuchte, aus dem politischen Diskurs hinausgedrängt. „Feine“ individuelle Unterscheidungen von Mitschuld oder Unschuld am NS-System waren auch unter den Alliierten – mit Ausnahme der USA – weitgehend unerwünscht. Massenvertreibung wurde als das probate Mittel der „ethnischen Entmischung“ in weiten Teilen Europas angesehen. In einer grausigen Rhetorik wurde die Gewalt der Massenvertreibung den ansonsten drohenden Ermordungen von Deutschen gegenübergestellt, als ob diese unvermeidlich wären.

Die Tschechoslowakische Regierung begann mit der Vertreibung, lange bevor die Aussiedlung auf der Potsdamer Konferenz im August 1945 offizielle internationale Zustimmung fand. Bis dahin wurden etwa 800.000 Deutsche vertrieben, oft auf äußerst gewaltsame oder so desorganisierte Weise, dass das Massensterben vor allem von Kindern und älteren Menschen unvermeidlich war. Politisch ungeplant waren die „wilden“ Vertreibungen nicht. Die politische Führung wusste von diesen. Präsident Beneš, Prokop Drtina und andere hatten sie durch nationale Brandreden ab April 1945 gefördert.

Zugleich mit den wilden Vertreibungen wurde ein weit verzweigtes Lagersystem errichtet:

von etwa 2.000 Arbeits- und Anhaltelagern, die das Schicksal vieler „Deutscher“ – vor allem der Männer und der arbeitsfähigen Bevölkerung – bestimmten und die Menschen in Angst und Schrecken hielten.

Für viele „Deutsche“ war ab einem gewissen Zeitpunkt weniger die Aussiedlung selbst der Hauptgegenstand der Angst und Sorge, als deren Umstände: das Zerreißen der Familien, die Ausgrenzung und Gewalt im Alltag vor der Vertreibung sowie Lagerhaft und Umsiedlungen innerhalb der Tschechoslowakei. Außerdem versuchten die Menschen, das Ziel der Aussiedlung selbst zu bestimmen: ob nach West- oder Ostdeutschland und in selteneren Fällen nach Österreich.

Viele der österreichischen InterviewpartnerInnen oder deren Familien nahmen am „Brünner Todesmarsch“ teil. 26.000 Menschen – die Hälfte der ehemaligen deutschen Bevölkerung Brünns – wurden ab 30. Mai 1945 aus der Stadt getrieben. Die Opferzahl ist bis heute nicht zu eruieren. Der Historiker Eagle Glassheim schätzt 1.700 vor allem ältere Menschen und Kinder, die an Typhus und Schwäche starben – viele auch erst in den österreichischen Grenzgemeinden, die mit der Aufnahme zu diesem Zeitpunkt vollkommen überfordert waren.

Bleiben und Gehen



Übersetzung:

Ablehnung der Loyalitätsbescheinigung durch den Zentralen Nationalausschuss der Landeshauptstadt Brunn, Bezirksamt I,

*Brunn, Kobližná 4
An Volfová Eva, Brunn, Wurmova 16
Nr.: 1766/1975/1948 ob.r.I AVNF
Brunn, am 25. September 1948*

*Der ausführende Ausschuss der Nationalen Front im Bezirksamt I in Brunn beschloss bei der Versammlung am 6. September 1948, Ihnen keine Loyalitätsbescheinigung auszustellen, weil bei der Untersuchung Ihrer Wohnungsumgebung festgestellt wurde, dass Sie kein positives Verhältnis zu volksdemokratischen Einrichtungen unseres Staates haben.
(Foto: Eva Morton, geb. Wolf)*

Von etwa 3 Millionen „deutschen“ BürgerInnen der ehemaligen Tschechoslowakei, die zu Kriegsende hier lebten, konnten oder mussten 240.000 bleiben. Bis Juli 1947 emigrierten 96.000 Kommunisten und Antifaschisten.

Ob es ein Bleiben-Können oder -Müssen war, konnte sich schnell ändern. Unmittelbar nach 1945 wurden die Menschen von den gewalttätigen „wilden“ Vertreibungen böse überrascht. Doch gerade weil sich der

Deutschenhass in manchen Gebieten so ungezügelt entlud und von der staatlichen Ordnungsmacht kaum Grenzen gesetzt wurden, war die Aussicht, so schnell wie möglich aus dem Land zu kommen, für viele bald die bessere unter den schlechten Optionen.

Manche mussten bleiben, weil sie für den neu errichteten tschechoslowakischen Staat aus wirtschaftlichen und anderen Gründen unabkömmlich waren. In diesem Fall wurde nicht danach gefragt, ob jemand in der NS-Zeit aktiver Antifaschist war. Dies hätte nach den selbst gesetzten Regeln des neuen Staates das Hauptkriterium dafür sein sollen, ob jemand bleiben durfte oder nicht. Doch gab es bald sehr unterschiedliche Kategorien von „Antifaschisten“. Kommunisten hatten sehr gute Chancen, bleiben zu können – auch deshalb, weil in der kommunistischen Partei vor 1938 Nationalität und Sprache keine Rolle gespielt hatten und es immer nur eine Partei gab (nicht eine tschechische und eine deutsche kommunistische Partei). Den Mitgliedern der Deutschen Sozialdemokratischen Partei (DSAP) hingegen wurde zumindest bei den wilden Vertreibungen, vor allem wenn sie nicht gut Tschechisch konnten, kaum Bleiberecht erteilt. „Bürgerlichen“ und besitzenden Gruppen wurde ebenfalls häufig keine dauernde tschechische Staatsbürgerschaft verliehen, auch wenn sie eindeutig NS-Verfolgte waren. Insbesondere von den Nazis „arisierten“ Besitz, der 1945 an den Tschechoslowakischen Staat überging, wurde selten an die einstigen jüdischen Besitzer rückerstattet. Ein weiteres häufig herangezogenes Kriterium war die Nationalität, die man bei der Volkszählung

von 1930 angegeben hatte und die doch nichts über die Loyalität gegenüber dem tschechoslowakischen Staat aussagte.

Gerade den Juden und Jüdinnen, die unter den Nazis von allen Tschechoslowaken am ärgsten gelitten hatten und im Allgemeinen gar nicht unter Verdacht stehen konnten, Nazis gewesen zu sein, wurde das Bleiben und die Wiederherstellung ihrer Existenz nach der NS-Verfolgung so schwer gemacht, dass die meisten von ihnen die Emigration wählten. Gegen die „bürgerlichen“ Juden machten kommunistische Politiker (etwa Václav Kopecký, späterer kommunistischer Informationsminister) antisemitische Propaganda.

Die politisch-moralische Grundlage der Aussiedlung, über die man grundsätzlich unterschiedlich urteilen kann, wird durch diese Praxis der Willkürentscheidungen und des Opportunismus in jedem Fall schwer beschädigt.

Das verlorene Haus und das bewahrte Heim



Horst Kaller mit der Pendeluhr, die von den nachfolgenden tschechischen Bewohnerinnen seiner und seiner Eltern Wohnung aufbewahrt wurde, für den Fall dass jemand von den Vertriebenen zurückkommt.

Für die Vertriebenen und für viele „Deutsche“, die im Land bleiben konnten, war der erste und einprägsamste Schock jener, aus dem eigenen Haus hinausgeworfen zu werden und darin alles oder fast alles zurücklassen zu müssen.

Die politische Vorgabe, eine mehrere Millionen zählende Gruppe für mehr oder minder vogelfrei zu erklären, erregte bei einem Teil der Bevölkerung jede Art von Raublust, während ein anderer Teil den „Ausgestoßenen“ gegenüber menschlich blieb, auch in Eigentumsfragen.

Obwohl gesetzlich legitimiert, hinterließ die radikale Enteignung der „Deutschen“ in der tschechoslowakischen Bevölkerung über Jahrzehnte hinweg ein Unbehagen, das stellenweise an die sichtbare Oberfläche trat: als Angst, die vormaligen BesitzInnen könnten das „Konfiskat“ doch irgendwann wieder zurückfordern; oder etwa in Immo-

lien-Annoncen, in denen „kein Konfiskat“ als wertsteigerndes Attribut angeführt wurde.

Wesentlich für das Verständnis zwischen Tschechen und Slowaken einerseits und Vertriebenen andererseits ist die Unterscheidung zwischen materiellen Ansprüchen (auf die die Deutschen Landsmannschaften jüngst offiziell verzichteten) und der emotionalen und seelischen Bindung an das Heim der Kindheit. Diese Bindung kann bewahrt bleiben, auch wenn der materielle Besitz unerreichbar ist. Ja, der Besitz oder dessen Wiedererlangung liegen oft gar nicht im Interesse dieser seelischen Bindung. Für sie ist wichtiger, ob der einstige Besitz von den neuen Eigentümern gepflegt und gewürdigt wird. Vernachlässigung und schlechter Umgang werden als schmerzhaft und traurig empfunden – oder tragen zur inneren Entfremdung von der einstigen Heimat bei.

Die Kulturlandschaft der Grenzgebiete



Familienfotos aus der Umgebung von Breitenau/ Široká Niva im Altvatergebirge/ Hrubý Jeseník (Fotos: Lothar Knessl).

An der Kulturlandschaft – als der vom Menschen geformten, gepflegten und bewirtschafteten Natur – sind der historische Bruch und der Verlust, der mit der Aussiedlung der „Deutschen“ einherging, besonders deutlich zu sehen. Die „Deutschen“, die von der national-tschechischen Propaganda gerne als „Kolonisatoren“ bezeichnet wurden, hatten Jahrhunderte in den Grenzgebieten gelebt, Landwirtschaft betrieben und eigene Bautraditionen entwickelt. Alle diese Traditionen wurden radikal durchschnitten durch den annähernd totalen Bevölkerungsaustausch. In den böhmischen und mährischen Grenzgebieten wurden

überwiegend Menschen angesiedelt, die mit dieser Region keine Beziehung und keine Kenntnisse von geeigneten landwirtschaftlichen Formen und Methoden hatten. Hinzu kam, dass zugleich mit der Neubesiedlung das Land auf eine kommunistische Kollektivwirtschaft umgestellt wurde. Entlang des Eisernen Vorhangs wurde ein Niemandsland geschaffen und wo die BewohnerInnen ausgesiedelt waren, konnten umso leichter ganze Dörfer geschliffen werden.

Erstaunlicherweise wurden – im Schatten dieser traurigen Entwicklung – die ehemaligen Grenzstreifengebiete zum „Grünen Band“, zum „größten Biotop-Verbundsystem der Welt“.

Ankommen



Kriegsflüchtlerin Feli, Cecilio Gieran, Katalinka Mlinar, Gumbelova Alena



Curlier Franz, Lindner Franz



Kudlicska Robert, Kringsky-Wolfin and Schwarzma-Trojan



Sofka Franz, Cecilio Gieran, Schwarzma-Trojan, Sofka Anna, Gumbelova Alena

Barackenlager Königberg

Im Jahre 1938 wurde auf dem Königberg der „Breslauer Ringlager“ gegründet. Es war das erste größere „Breslauer Lager“ in der neuen Heimat.
Das Leben wurde eine Leibe verschleht und wir waren auf dem Rücken stoff, unterhalten sich die Breslauer gut. Es war fast wie in Bruck an der Donau. (Dany, Maria)

„Kirchtage“ im Flüchtlingslager am Königberg (1130 Wien, Elisabethallee/Wattmannngasse). Die Gemeinschaft der aus Bruck an der Donau Vertriebenen setzte die Gepflogenheiten der verlorenen Heimat im Wiener Flüchtlingslager, das hier neun Jahre lang bestand, fort. (Foto: Robert Kudlicska)

Ankommen nach einer Flucht oder Vertreibung bedeutet, nach einem tiefgehenden Verlust in einem neuen Umfeld auf andere angewiesen zu sein: auf ihre Bereitschaft, den Neuankömmling aufzunehmen, ihm den Beginn eines neuen Lebens zu ermöglichen und im besten Fall Verständnis für sein Herkommen zu haben.

Die Härte der Vertreibung der deutschsprachigen Bevölkerung nach 1945 bestand wesentlich auch darin, dass sie in kriegszer-

störte Gebiete ausgesiedelt wurden, in denen die angestammten BewohnerInnen um ihr Überleben kämpfen mussten, während die ökonomische und landwirtschaftliche Grundlage des „Protektorat Böhmen und Mähren“ vom Krieg nicht verwüstet war.

Ilias Michopoulos erzählt im Interview, wie er als Kind mit seinen kleinen Geschwistern dem griechischen Bürgerkrieg entflohen und sich in den Gebieten, aus denen die „Deutschen“ vertrieben worden waren, ansiedeln konnte. Er war einer von 12.000 Griechen, die hier eine neue Heimat fanden.

Während Deutschland seine Kriegsschuld und damit auch die Verantwortung für die 12 Millionen nach 1945 ausgesiedelten Deutschen annahm, beriefen sich die österreichischen Politiker darauf, dass Österreich selbst das „erste Opfer“ der nationalsozialistischen Expansionspolitik gewesen sei und daher keine „deutschen“ Flüchtlinge aufzunehmen brauche. Die Politiker versuchten die Vertriebenen nach Deutschland weiterzuschicken und verwehrten ihnen lange Zeit die Einbürgerung.

Spielte das für schulpflichtige Kinder existenziell eine eher geringe Rolle, erschwerte es das Leben arbeitssuchender Erwachsener sehr. Wer keine Arbeit hatte, bekam keine Aufenthaltsbewilligung. Und wer keine Aufenthaltsbewilligung hatte, fand schwer Arbeit, zumal als Neuankömmling, der hier keine Beziehungen hatte.

Die politischen Bedingungen spiegelten jedoch nicht notwendig die geringere oder größere Bereitschaft der Bevölkerung wider, die Flüchtlinge aufzunehmen und ihnen einen Platz in der Gesellschaft einzuräumen. Hier zeichnet sich wieder ein großer individueller Spielraum ab – und die Vertriebenen wissen sehr Unterschiedliches zu berichten.

Paradoxerweise konnten auch die wenigen, die in den vormals weitgehend deutschsprachigen Grenzgebieten der Tschechoslowakei verblieben, zu sozialen Neulingen in der neu bevölkerten Umgebung und in einer wild zusammengewürfelten Gesellschaft werden. So waren weite Teile Mitteleuropas Gegenstand einer kruden Biopolitik, der alle maßgeblichen Staaten zustimmten und die die Menschen als lebendes Menschenmaterial in enormen Zahlen da und dorthin schaffte. Weder die Existenz Einzelner noch die Zusammensetzung der neuen Gemeinschaften wurden dabei berücksichtigt. Auf diese Weise wurde – nicht nur vom kommunistischen Totalitarismus – die Logik des Krieges in seiner Vereinnahmung des Einzelnen fortgesetzt.

Rückkehr und Erinnerung



Eine fotografische Bestandsaufnahme des Heimattortes Deutsch Moliken/Malikov nad Nežárkou bei einem Besuch in den 1970er Jahren (Foto: Adolf Kosnopff).

Die Rückkehr unterbricht den kontinuierlichen Zeitfluss der Erinnerung an die verlorene Heimat und Herkunft. Und die Wiederbegegnung mit Menschen und Orten formt die Erinnerung um. Doch kann es auch sein, dass die Rückkehr gar nicht an die Tiefe der Kindheitserinnerung rührt oder diese vor der fremden Erscheinung des einst Vertrauten geschützt werden will.

Zuerst begegneten die RückkehrerInnen praktischen Schwierigkeiten am Eisernen Vorhang und waren ängstlich bemüht, ihre alte Herkunft aus Böhmen, Mähren und der Slowakei zu verschleiern.

Vor allem für jene, die Familienmitglieder, Freunde oder Bekannte wiedertrafen, bedeutete die Rückkehr einen partiellen Anschluss an das frühere Leben. Für andere war das Wiedersehen der verlorenen Heimat schmerzhaft. Manche hatten sie in ihrem Seelenleben schon so weit abgespalten, dass die Stätten nur noch geografisch

mit einer einstigen Heimat übereinstimmen. Es gibt aber auch wenige Vertriebene, die sich für eine dauerhafte Rückkehr und Wiederansiedlung entschieden.

Das Erbe der Geschichte



Cetviny/Zettwing, eines der ausgelöschten Dörfer des Grenzstreifens zu Österreich, nördlich von Freistadt in Oberösterreich. Nur die Kirche wurde nicht abgerissen (Foto: Antikomplex, Prag).

Der historische Diskurs war in der Tschechoslowakei lange von einem kommunistischen Narrativ kontrolliert, das die Vertreibung und Aussiedlung der deutschsprachigen Bevölkerung als legitim und notwendig rechtfertigte und ansonsten das Thema möglichst wenig berührt wissen wollte. Vorstöße gegen diese Diskurskontrolle – in den späten 1970er Jahren etwa von Ján Mlynárik „Danubius“ oder durch die Gruppe, die unter dem Kollektivpseudonym Bohemus schrieb – waren bis 1989 relativ selten und erreichten keine breite Öffentlichkeit. Seit 1989 kann man sich zu dem Thema äußern, ohne Verfolgung fürchten zu müssen. Für Politikerkarrieren kann es aber noch immer zum Fallstrick werden – wie in den letzten tschechischen Präsidentschaftswahlen, als Äußerungen zur Aussiedlung dem Kandidaten Karel Schwarzenberg schaden. Das Thema bleibt ein Erbe der tschechoslowakischen Geschichte, das starke Emotionen und ein Unbehagen zu wecken vermag.

Eine jüngere tschechische und slowakische Generation – wie alle MitarbeiterInnen von Antikomplex (Prag), die sich seit nunmehr 17 Jahren im Sinn des paradigmatischen Namens der Institution intensiv mit dem Thema befassen – kann einen befreiten Blick auf diesen Geschichtsabschnitt und die tief greifenden Veränderungen, die die Aussiedlung für das Land und die Kultur der Tschechoslowakei mit sich brachte, richten.

In Österreich wurde der Diskurs wiederum lange Zeit von den Landsmannschaften bestimmt, also den institutionalisierten VertreterInnen der Vertriebenen, die neben einer kulturellen vor allem auch eine politische Repräsentation darstellten und dabei materielle Ansprüche gegenüber der Tschechoslowakei vertraten. Was den Landsmannschaften dabei wenig gelang, war, das Thema zu einem öffentlichen Anliegen der österreichischen Gesellschaft zu machen. Ein Hindernis bestand in der nicht selten wahrgenommenen Nähe zum rechten Spektrum der Politik. Damit verbunden war die Verdrängung dessen, wie tief die Sudetendeutsche Partei unter Konrad Henlein am Vorabend des Zweiten Weltkriegs mit dem Deutschen Nationalsozialismus verstrickt war und in welchem Umfang die deutschsprachigen BewohnerInnen der Tschechoslowakei der Politik der SdP und der NSDAP zustimmten.

Brno/Brünn



Die ehemalige Wohnung der Familie Knessl in Brünn (Foto: Lothar Knessl).

Rund 20% der Brüunner Bevölkerung gaben bei der Volkszählung 1930 die deutsche Nationalität an. Die deutschsprachige Bevölkerung war im Stadtzentrum am dichtesten, in den Vororten dominierte die tschechische Sprache und in der Umgebung gab es wiederum deutsche Sprachinseln. Eine wenigstens rudimentäre Zweisprachigkeit war im städtischen Zusammenleben die Regel, eine wirkliche Zweisprachigkeit häufig. Durch das enge zweisprachige Zusammenleben gab es auch eine wechselseitige Durchdringung der beiden Idiome.

Viele der InterviewpartnerInnen dieses Projekts stammen aus Brünn, meist aus

bürgerlichen Häusern und in einigen Fällen mit einem jüdischen Familienhintergrund, der in der Brüner Gesellschaft, zumal in der deutschsprachigen, noch häufiger war als im gleichzeitigen Wien.

In der Monarchie waren Brünn und Südmähren aufs Engste mit Wien als der k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt verbunden. Diese Bindung setzte sich auch in die Erste Tschechoslowakische Republik fort, und zwar ebenso bei der tschechischen wie bei der deutschsprachigen Bevölkerung – und war wohl mit ein Grund dafür, dass so viele der aus Brünn Vertriebenen sich in Wien ansiedelten.

In Brünn bestand seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert ein gewisser kultureller Wettbewerb der Sprachgruppen – etwa im Theaterleben, den Sportvereinen und im gesamten Vereinswesen – in einem meist friedlichen Neben- und Miteinander. Für viele Menschen spielte die Nationalität eine geringe Rolle, und das gesellschaftliche Leben erlaubte alle Übergänge der Selbstpositionierung bis zur nationalen Indifferenz.

In den 1930er Jahren nahmen die nationalen Konflikte zwischen „Deutschen“ und „Tschechen“ zu, wurden aber bis etwa 1937 noch immer von relativ kleinen Gruppen getragen. Mit der zunehmenden Hegemonie der Henlein-Bewegung unter den deutschen Parteien, ihrer immer deutlicheren Annäherung an den deutschen Nationalsozialismus und dem damit einhergehenden kulturellen sowie politischen Führungsanspruch nahmen die Konflikte zu und es wurde schwieriger,

jenseits der eindeutigen sprachlich-kulturellen Zuordnung zu leben, sofern man nicht selbst weitgehend perfekt zweisprachig war.

Nach dem Vertrag von München im März 1938 und umso mehr nach der deutschen Besetzung Böhmens und Mährens kam es zur deutlicheren Trennung der Sprachgruppen. Die „deutsche Kultur“ war eindeutig bevorzugt, ohne dass allerdings das Tschechische als Sprache stark unterdrückt worden wäre. Eine friedliche und freundschaftliche Beziehung zwischen „Deutschen“ und „Tschechen“ war im kleinen, nachbarschaftlichen Rahmen nach wie vor möglich und nicht selten.

Die jüdische Bevölkerung wurde wie überall im direkten Einflussbereich des deutschen Nationalsozialismus radikal marginalisiert, verfolgt und ermordet, was die Zusammensetzung und das kulturelle Profil des „deutschen Bürgertums“ von Brünn stark veränderte.

Zu Kriegsende wurden die Brüner Industriegebiete vergleichsweise stark bombardiert. Kurz nach der Befreiung durch die Rote Armee am 26. April 1945 und nach dem offiziellen Kriegsende wurde die verbliebene „deutsche“ Bevölkerung zuerst bei einem Besuch Edvard Beneš' am 12. Mai in Schulen interniert, bald wieder freigelassen, um schließlich ab dem 31. Mai aus der Stadt in Richtung österreichische Grenze getrieben zu werden (siehe „Vertreibung“).

Pozsony–Pressburg– Bratislava. Das Ende einer multiethnischen Stadt



Fotografie von Bratislava/Pressburg/Pozsony aus dem frühen 20. Jahrhundert, als die Beschilderung in den Straßen meist dreisprachig war (Fotos: Bratislavské rožky).

Pressburg/Bratislava/Pozsony – oder auch „Prešporok“ – war eine dreisprachige, multiethnische und multikonfessionelle Stadt, die sich an ihrer eigenen Vielfalt erfreute. Davon erzählen alle InterviewpartnerInnen dieses Projekts.

Die Dreisprachigkeit hatte hier etwas gleichermaßen Lustvolles wie Chaotisches. Man erzählt, dass oft in einem einzigen Satz

dreimal die Sprache gewechselt wurde, und dass die Pressburger sich dessen bewusst waren, in welcher Sprache sie gerade sprachen. Von einem Sprachkonflikt, von Antagonismus oder Konkurrenz, wie sie etwas in Brünn bestanden, ist kaum die Rede.

Obwohl der Antisemitismus in der Slowakei und vor allem unter den Katholiken sehr verbreitet war und die Nazis in dieser Hinsicht keine Überzeugungsarbeit zu leisten hatten, war das allgemeine Klima in der Hauptstadt tolerant und liberal. Trotz der starken Bindung der faschistischen Regierung an den deutschen Nationalsozialismus waren die meisten Deutsch-Slowaken keine begeisterten Nationalsozialisten.

Die Lebensbedingungen in der Slowakei waren während des Krieges relativ gut. Das änderte sich schnell mit dem Näherkommen der sowjetischen Front und dem Nationalaufstand.

Nach Kriegsende, der Vertreibung der „deutschen“ Bevölkerung und dem Bevölkerungsaustausch bzw. der Vertreibung der Magyaren waren das soziale Klima und der kulturelle Flair, die die Stadt bis 1939 geprägt hatten, nachhaltig zerstört.

Slowakischer Nationalaufstand, Evakuierung der „Deutschen“ und Rückkehr



Denkmal für die 187 männlichen deutschsprachigen Bewohner von Glaserhau/Sklenô, die während des Slowakischen Nationalaufstandes am 21. September 1944 von slowakischen Partisanen auf Befehl eines sowjetischen Offiziers ermordet wurden.

Der Slowakische Nationalaufstand erhob sich im August und dauerte bis Oktober 1944. Er richtete sich gegen die faschistische Regierung und deren Bindung an das Deutsche Reich und hatte das Ziel, das Land der näher rückenden sowjetischen Front zu öffnen. Er wurde getragen von Teilen der Slowakischen Armee, in- und ausländischen Partisanen sowie Freiwilligen aus verschiedenen Nationen und stand in Verbindung mit der tschechoslowakischen Exilregierung in London. Das Zentrum des Aufstandes lag in der Mittelslowakei um Banská Bystrica. Die unterschiedlichen Regionen des Aufstandes und die verschiedenen Gruppierungen waren schlecht miteinander koordiniert, was wesentlich zu seiner schnel-

len Niederschlagung durch die deutsche Wehrmacht beitrug. Pogrome an Zivilisten wurden von beiden Seiten begangen.

Die deutschsprachigen BewohnerInnen der Slowakei wurden nach dem Nationalaufstand und bei näher kommender sowjetischer Front von der Wehrmacht evakuiert, vielfach unter Zwang. Umso vollständiger und systematischer, je weiter im Osten die Gebiete lagen. In der Zips und im Hauerland wurden tatsächlich die meisten Menschen evakuiert. Vor allem entschiedene Nazi-Gegner widersetzten sich.

Etwa ein Drittel der nach Österreich oder ins Sudetenland Evakuierten reiste nach Kriegsende unter schwierigen Umständen und von Gewalt bedroht zurück in die slowakischen Heimatgebiete. Die meisten Rückkehrer wurden umgehend in Lagern interniert.

Wer aus den Lagern floh, hatte wesentlich bessere Chancen als in Böhmen und Mähren, wieder in das Familienheim einziehen zu können. Zwar waren die meisten Häuser bereits von Slowaken aus Nachbargemeinden und im Nationalaufstand verbrannten Dörfern besiedelt. Doch die neuen BewohnerInnen waren häufig dazu bereit, die Häuser wieder zu räumen. Die Vertreibungen der zurückgekehrten „Deutschen“ durch die Behörden waren weniger rigoros als in Tschechien. Gegenüber 33.000 Menschen, die nach dem Potsdamer Abkommen vertrieben wurden, konnten etwa 20.000 bleiben.

Die jüdische Erfahrung



Aquarell von Adolf Frankl. Deportation einer jüdischen Familie aus Bratislava/Pressburg am 28. September 1944 (Foto: Thomas Frankl).

Juden und Jüdinnen waren neben den ebenfalls rassistisch verfolgten Roma und Sinti die Gruppe, die am schlimmsten unter den Nationalsozialisten zu leiden hatte. Von 357.000 Juden und Jüdinnen, die sich nach 1939 auf tschechoslowakischem Gebiet aufhielten, wurden 270.000 im Holocaust ermordet.

Viele von ihnen standen der deutschsprachigen Kultur am nächsten. In den tschechischen Städten waren sie im 19. und frühen 20. Jahrhundert Träger des Deutschtums, in der ungarischen Reichshälfte sprachen viele Juden und Jüdinnen ungarisch.

Gegenüber dem tschechoslowakischen Staat waren sie loyal, umso mehr als dieser Staat vom Deutschen Reich bedroht und der Einfluss des Nationalsozialismus unter der deutschsprachigen Bevölkerung zunahm.

Die tschechischen Zivilisten verhielten sich in der NS-Zeit den Juden und Jüdinnen gegenüber positiv, waren generell nicht antisemitisch und denunzierten selten – im Gegensatz zu weiten Teilen der deutschsprachigen Bevölkerung, die sich darin zu Handlangern der Nazis machen ließen.

Die Slowaken waren in ihrem Verhalten sehr unterschiedlich. Viele waren Antisemiten und kollaborierten mit den Nazis in der Deportation. Der klerikal-faschistische Ständestaat, mit dem Priester Jozef Tiso als Präsidenten, war besonders unerbittlich in der Deportation und bezahlte das Dritte Reich noch für die Übernahme jedes Deportierten. Sogar als der Vatikan mit Hinweis auf die Existenz von Vernichtungslagern dagegen opponierte, setzte die Regierung die Deportationen 1944 fort. Doch gab in der Slowakei auch sehr viele, die Juden und Jüdinnen unterstützten und versteckten – und zwar besonders unter den ProtestantInnen, die in Opposition zum katholisch-faschistischen Staat standen.

Der Neuanfang in der 1945 wiedererrichteten Tschechoslowakei wurde vor allem bürgerlichen und primär deutschsprachigen Juden und Jüdinnen erschwert. „Arisierter“ Besitz wurde selten restituiert und die Einbürgerung wurde hintangehalten, sodass die meisten Überlebenden die Emigration bevorzugten.

***Vetrieben und Verblieben erzählen.
Tschechoslowakei 1937 bis 1948***

10.02. bis 10.04.2016

Kurator, Projektleitung: Georg Traska (Institut für Kulturwissenschaften und Theatergeschichte, ÖAW)

Projektleitung Tschechien: Tereza Vávrová (Antikomplex, z.s.)

Projektleitung Slowakei: Andrej Čierny (Antikomplex.sk)

InterviewerInnen: Georg Traska, Tereza Vávrová, Andrej Čierny, Kristýna Hlavatá

Kamera: Štěpán Pech, Ursula Henzl, Paulina Durinová, Zuzana Kallová, Marek Durdiak, Georg Traska

Schnitt: Georg Traska, Tereza Vávrová, Štěpán Pech, Ursula Henzl, Andrej Čierny

Postproduktion: Štěpán Pech (Video), Stanislav Kejval (Ton)

Untertitel: Zuzana Brejcha, Katarina Csanyiova, Irena Dudová, Tomáš Fridrich, Maja Konstantinovič, Karolína Kousalová, Alena Novosadová, Marco Nyvlt, Andrea Ozabalova

Gestaltung und Grafik: Matthias Klos

Organisation Volkskundemuseum: Claudia Peschel-Wacha

Kulturvermittlung: Katharina Richter-Kovarik

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Barbara Lipp

Aufbau: Enrique Guitart (Art Consulting & Production)

Österreichisches Museum für Volkskunde

Laudongasse 15-19, 1080 Wien

T: +43 1 406 89 05

F: +43 1 408 53 42

office@volkskundemuseum.at

www.volkskundemuseum.at

Di-So, 10.00-17.00 Uhr

Montag geschlossen außer an Feiertagen

Schließtage: 1. Jänner, Ostersonntag, 1. Mai,

1. November, 25. Dezember

Verkehrsverbindungen: Straßenbahnlinien 5 und 33

(Station Laudongasse), 43 und 44 (Station Lange Gasse)

Buslinie 13 A (Station Laudongasse) U2 (Station Rathaus)

Parkplatz für Menschen mit besonderen Bedürfnissen vorhanden

